

Das „Dialogforum Zusammenleben“ als ein Lern- und Diskussionsort alternativer Formen des Zusammenlebens

Bettina Gruber/Viktorija Ratković

Das Dialogforum Zusammenleben ist eine Initiative, die 2015 von mehreren Instituten der Universität Klagenfurt, NGOs und engagierten Einzelpersonen in Kärnten geschaffen wurde. Hier sind das Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung und die Katholische Hochschulgemeinschaft im Besonderen zu nennen, die im Rahmen von Veranstaltungen, Kongressen und Workshops in den beinahe zehn Jahren des Bestehens kontinuierlich zentrale Fragen alternativer Formen des Zusammenlebens ins Zentrum rückten und gemeinsam mit interessierten Personen der Zivilgesellschaft Alternativen diskutierten.

In diesem Beitrag werden zunächst Kontexte der Entstehung des Dialogforums Zusammenlebens skizziert sowie Konvivialismus als konkrete Utopie eingeführt, anschließend die Aktivitäten des Dialogforums Zusammenleben beschrieben und dann abschließend Fragen für das Weiterdenken dieser und ähnlicher Initiativen formuliert.

Kontexte

In der komplexen inhomogenen neoliberalen Welt, in der wir uns gegenwärtig befinden, herrschen Reaktions- und Bewältigungsmuster vor, die vor allem auf die Fortschreibung des Wachstums setzen – ohne dieses ist die zukünftige Welt für Viele nicht mehr vorstellbar. Der Markt, so die dominante Erzählung, regle alles und der entgrenzte Turbokapitalismus sei die einzige Form des Wirtschaftens sowie die einzige Antwort auf Armut und gesellschaftliche Ungleichheit. Hand in Hand mit dem zunehmenden Neoliberalismus geht der Nationalismus, der die ‚eigene‘ Freiheit durch Abgrenzung bzw. Feindseligkeit gegenüber dem ‚Anderen‘ propagiert und die Illusion forciert, dass wir (wieder) in einer homogenen Gemeinschaft leben könnten und auch sollten. Diese quasi ‚Ersatzreligion‘ bestimmt mittlerweile alle Bereiche des Lebens und Zusammenlebens. Der autoritäre Populismus ist zunehmend weltweit ein großes Problem und eine immense Herausforderung.

In diesem Sinne dominiert auch das Prinzip der Leistungsgesellschaft den gegenwärtigen Diskurs, ohne auch nur ansatzweise zu diskutieren, was unter Leistung verstanden wird und wer die eigentlichen Leister:innen sind. Während in der Pandemie ‚systemrelevante‘ Arbeitskräfte beklatscht und als wesentliche Leister:innen anerkannt wurden, fand bis dato dennoch keine finanzielle Abgeltung oder Aufwertung dieser Gruppe im Rahmen unserer Gesellschaft statt. Gleichzeitig wird Vermögensaufbau ohne eigene Leistung – das Erben – weitgehend als unveränderliche Tatsache hingenommen, Erb:innen sind nahezu unantastbar.

Der Gesellschaft fehlen weitgehend Orte der Auseinandersetzung über gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen und Vorstellungen über alternative Formen des Zusammenlebens jenseits kriegerischer Auseinandersetzungen, zunehmender Militarisierung von Gesellschaften sowie zentraler globale Herausforderungen. Gleichgeschaltete Massenmedien, die mittlerweile überwiegend in großen Konzernen organisiert sind, unterstützen den Mainstream im Kontext zunehmender Neoliberalisierung. Alternative Medien, die Gegendiskurse unterstützen, fehlen weitgehend. Soziale Medien, die vor allem für junge Menschen vielfach die Hauptquelle von Informationen sind, sind immer mehr reine Echokammern, die den Blick über den eigenen Tellerrand verunmöglichen.

Die hegemonialen Diskurse betonen die Selbstverständlichkeit von Krieg als unvermeidliche Voraussetzung für das menschliche Zusammenleben, wie es Marlene Streeruwitz (2022) in ihrem Essay ‚Handbuch gegen den Krieg‘ betont. Die Kapitallogik ist ungebrochen und eine neue Form des Zusammenlebens in der Weltgesellschaft, die eine massive Umverteilung sozialer Lebenschancen notwendig macht, findet nicht statt.

Gesellschaftliche Teilhabe, kritisch betrachtet

Doch wer kann überhaupt auf egalitärer Ebene partizipieren, wer hat tatsächlich Teilhaberechte in unserer Gesellschaft? Dreißig Prozent der in Wien lebenden Menschen verfügt nicht über den wichtigsten Zugang zu Partizipation, nämlich das Wahlrecht, da dieses an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist und deren

Erlangung in Österreich im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Staaten besonders schwierig ist. Die Politikwissenschaftlerin Martina Zandonella vom Sora Institut in Wien weist in einem aktuellen Interview darauf hin, dass in Wien bereits jeder Dritte und in der Gruppe der Arbeiter:innen 60 Prozent nicht wählen dürfen, obwohl sie ihre Beiträge und Sozialabgaben regelmäßig zahlen und ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben. „Es ist für die Demokratie ein enormes Problem, wenn einerseits ganze Bevölkerungsgruppen nicht wählen dürfen und andere beschlossen haben, nicht mehr hinzugehen“, so Zandonella (2022).

Auch die beiden Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Martin Zürn sprechen in diesem Zusammenhang von ‚demokratischer Regression‘. Darunter verstehen sie das Zusammentreffen von zwei Phänomenen: Einerseits entfernten sich die Demokratien von ihrem ursprünglichen Ideal der Selbstbestimmung, weil immer häufiger „Entscheidungen in nicht durch Wahlen legitimierte und kaum durch die Bürgerinnen kontrollierte Gremien verlagert werden“ (Schäfer/Zürn 2021: 11). Die politischen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Einzelstaaten würden zunehmend nach innen wie nach außen durch ‚nichteletorale Institutionen‘ wie Gerichte und Zentralbanken begrenzt. Andererseits wende sich ein wachsender Anteil der Bürger:innen von der Demokratie und ihren Einrichtungen ab, „weil sie sich nicht länger repräsentiert fühlen“ (ebd.: 18), was auf die in sozialer Hinsicht immer exklusivere Zusammensetzung der politischen Klasse und deren selektive Aufnahme und Bearbeitung politischer Themen zurückzuführen sei. Im Unterschied zu anderen Autor:innen machen Schäfer und Zürn also nicht nur die zunehmende ökonomische Ungleichheit noch den diffusen Zorn auf vermeintliche liberal-‚metropolitane‘ Eliten für den Erfolg des autoritären Populismus verantwortlich. In ihren Augen sind es vielmehr die mangelnde Responsivität demokratischer Parteien und Parlamente für die Anliegen der Unterprivilegierten und die fehlenden Einflusschancen des vermeintlichen Souveräns auf die Entscheidungen nicht gewählter Gremien, die zu jener ‚doppelten Entfremdung‘ von den Idealen und Institutionen der Demokratie geführt hat, die unseren Gesellschaften heute zu schaffen macht (ebd.: 164-165).

Nach dem Sozialphilosophen Axel Honneth hat sich die kontinuierliche Reduktion der Arbeitszeit zugunsten der Vollbeschäftigung von den

europäischen Gewerkschaften vor mehr als 40 Jahren erkämpft, wieder umgekehrt. Teils, weil aufgrund der Prekarisierung und Unterbezahlung von Arbeit auch im Westen eine Schicht von ‚Erwerbssarmen‘ (working poor) entstanden ist, die sich nicht anders zu helfen weiß, als mehreren ungesicherten Tätigkeiten gleichzeitig nachzugehen (Honneth 2023: 355- 356). Diese Gruppierungen fühlen sich im besonderen Ausmaß abgehängt und in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht repräsentiert

Im Zentrum demokratischer Regression stehe, so Schäfer und Zürn (2021: 125), die schichtenspezifisch unterschiedlich stark gefühlte und wahrgenommene politische Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit vieler Bürger:innen. Je weniger sie noch daran glauben, mit ihrer politischen Stimmabgabe etwas ausrichten zu können, desto eher seien sie geneigt, populistische Parteien zu unterstützen.

Auch der amerikanische Politikwissenschaftler Russel J. Dalton, der sich seit Jahren intensiv mit dem Thema politische Partizipation auseinandersetzt, betont im Kontext seiner Forschung, dass politische Beteiligung ein vielschichtiges Phänomen ist. Sie umfasst nicht nur die Teilnahme an Wahlen, sondern auch parteibezogene Aktivitäten, legale Protestaktionen und zivilen Ungehorsam. Er argumentiert, dass sich die Formen der politischen Beteiligung im Laufe der Zeit verändert haben. Insbesondere jüngere Generationen nutzen zunehmend neue und unkonventionelle Wege, wie Online-Aktivismus und soziale Medien, um sich politisch zu engagieren. Dalton zeigt auf, dass politische Beteiligung stark von sozialen und ökonomischen Faktoren beeinflusst wird. Ressourcenschwache Gruppen haben oft weniger Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen, was zu einer Verstärkung bestehender Ungleichheiten führt. Eine seiner populären Thesen ist, dass mehr Partizipation die Demokratie stärkt. Durch die Einbeziehung breiterer Bevölkerungsschichten können unterdrückte Anliegen besser berücksichtigt werden, was zu einer stärkeren Identifikation der Bürger:innen mit der Demokratie führt (Dalton zit. nach Linden 2012).

In der Veränderung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse, nämlich der Reduzierung von Ungleichheit, ist jedoch in erster Linie die Politik gefragt. In diesem Rahmen ist die politische Beteiligung ein wesentlicher Pfeiler einer ‚reifen Demokratie‘, um bestehende Ungleichheit abzubauen und einem autoritären Populismus zu begegnen. Schäfer und Zürn betonen den engen

Zusammenhang von unsicheren Einkommen, ökonomischer Ungleichheit und politischem Misstrauen der Menschen. Zu den geringen Einkommen und Vermögen kommt das Gefühl, besonders weit vom politischen Zentrum abgekoppelt zu sein und es untergräbt das Gefühl, Teil der Gesellschaft zu sein (Schäfer/Zürn 2021: 208-209). Diese gesellschaftliche unheilvolle Gemengelage kann nur über weitreichende demokratische Entscheidungen in Richtung Veränderung und im Kontext einer entsprechenden Politischen Bildung die notwendige Sensibilisierung der Menschen erreicht werden. Es geht hierbei konkret um eine Veränderung der Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Diese müssen mehrdimensional ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden und sozialdesintegrierte Bevölkerungsgruppen brauchen das Gefühl wahrgenommen zu werden und dass die politischen Repräsentant:innen ihre Anliegen ernst nehmen. Hier sind zu nennen: Ausbau der sozialen Infrastruktur, leistbares Wohnen, Beendigung von Bildungsbenachteiligung sowie der Umbau der Schule in Richtung Gesamt- und Ganztagschule bzw. eine Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft. Dies kann nur über politische Entscheidungen und Gesetze umgesetzt werden, damit ökonomisch schwachen Gruppen, im Besonderen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationsbiografie der Zugang zu einer entsprechenden sozialen Infrastruktur ermöglicht wird. Mehr Staat anstatt weniger ist dafür notwendig. Dazu ein pointiertes Zitat, das das neoliberale Denken der letzten Jahrzehnte auf den Kopf stellt: „Wenn man Privatisierung mit dem Erziehungswissenschaftler Georg Auernheimer als eine Form der Enteignung begreift“, (Auernheimer 2021: 17) „ist Sozialisierung die Wiederaneignung von Gesellschaft der der Gesellschaft zu Unrecht entzogenen Güter“ (Butterwegge 2021: 283).

Konvivialismus als konkrete Utopie

Der Begriff des Konvivialismus zielt dagegen auf eine neue, gemeinsam geteilte Philosophie des Zusammenlebens, auf ein friedliches Miteinander zwischen den Menschen und zwischen Menschen und der Natur ab. Dies kann nur gelingen, wenn gängige Praktiken, soziale Selbstverständlichkeiten und hergebrachte Theorien kritisch befragt und verändert werden. Menschen sind nicht vornehmlich Nutzenmaximierer und Gesellschaft kann nicht allein auf Marktbeziehungen beruhen. Der Konvivialismus ist eine dezidiert anti-

utilitaristische intellektuelle Strömung, die den Menschen weniger in seinem Verlangen zu nehmen, sondern in seiner Fähigkeit und seinem Bedürfnis, anderen etwas zu geben und sich miteinander zu verbinden, charakterisiert (Adloff/Costa 2020: 39-41). Auf dieser Basis werden Prinzipien einer neuen konvivialen Ordnung formuliert. Eine legitime Politik muss sich auf das Prinzip einer gemeinsamen Menschheit, einer gemeinsamen Sozialität, der Individuation und der Konfliktbeherrschung berufen (ebd.: 40-41).

Zentral sind dabei alternative Narrative zur Illusion homogener Gemeinschaften, die Anerkennung von Pluralität und Antagonismen, die Akzeptanz von Konflikten sowie die Beilegung von diesen im Sinne einer gewaltfreien Konfliktaustragung. Die Kunst des Zuhörens ist in diesem Zusammenhang zentral. Wolfgang Müller Funk (2024) meinte vor einiger Zeit dazu: „Wir dürfen den Feinden der Demokratie nicht den Begriff der Gemeinschaft überlassen, sondern sollten ihm – analog zur Neudeutung von Heimat – eine demokratische Bedeutung geben.“

Das Dialogforum Zusammenleben als Raum der Auseinandersetzung

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen wurde das Dialogforum Zusammenleben 2015 u.a. ins Leben gerufen, als ein Versuch, Vertreter:innen von exkludierten, sozial desintegrierten und benachteiligten Gruppen einzubinden, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen. Angedacht war, beispielsweise Vorträge und mit diesen verbundene Workshops zu organisieren, um ausgewählte Themenstellungen und eben auch Fragen im Kontext von Teilhabe und Partizipation gemeinsam zu reflektieren und in die Gesellschaft einzubringen. Dialogforen, so die Perspektive der Gründer:innen, können Orte der Information, des Austausches, der Verwirklichung von Widerstand und des Erlernens von zivilem Ungehorsam sein.

Das Dialogforum Zusammenleben arbeitet auf zwei Ebenen: Erstens trifft sich eine kleinere Runde, das Kernteam, regelmäßig, d.h. alle ein bis zwei Monate, um aktuelle regionale, überregionale und internationale Entwicklungen zu diskutieren. Diese Runde besteht seit fast zehn Jahren aus Vertreter:innen der Gründungsorganisationen, gleichzeitig ist sie aber auch für alle Interessierten offen, die sich einbringen möchten. In dieser Runde werden auch öffentliche

Veranstaltungen gemeinsam überlegt und geplant, wobei die Veranstaltungen häufig auch mit lokalen Kooperationspartner:innen organisiert werden. Meist finden diese an der Universität Klagenfurt oder in den Räumlichkeiten der Katholischen Hochschulgemeinde statt, zum Teil auch im Klagenfurter Stadtzentrum (z.B. im Europahaus) oder an anderen Kärntner Orten (z.B. im Krastal). Die Formate der Veranstaltungen reichen von einzelnen Vorträgen, Veranstaltungsreihen, hin zu Workshops und Podiumsdiskussionen.

Um ein wenig zu veranschaulichen, worüber in den letzten Jahren diskutiert wurde, seien stichwortartig einige Themen genannt: Diskurse im Kontext der Migration, die Stadt als Stätte der Solidarität, die Bedeutung der Kinder- und Menschenrechte, Islamophobie, Alternative Medien, Rassismus und Rechtsextremismus generell und in speziellen Kontexten, Kriege im Nahen und Mittleren Osten und ihre globalen Auswirkungen, Umweltthemen und Klimawandel und vieles mehr. Die Veranstaltungen, Konferenzen und Workshops wurden mit einer langjährigen Ringvorlesung zum Thema ‚Gutes Leben für Alle‘ an der Universität Klagenfurt verknüpft und am Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik wurde ein Forschungsschwerpunkt zum Thema ‚Konvivialismus und Zusammenleben in der postmigrantischen Gesellschaft‘ eingerichtet.

Auch wenn wir das Dialogforum Zusammenleben insgesamt als erfolgreiches Format erleben und bestrebt sind, dieses auch weiterhin mit Leben zu füllen, stehen wir schon seit seiner Gründung vor einigen Herausforderungen, die wohl auch jene beschäftigen, die ähnliche Initiativen betrieben haben, aktuell durchführen oder auch andenken. Erstens handelt es sich bei der Organisator:innen um engagierte Personen, die das Dialogforum Zusammenleben und dessen Veranstaltungen größtenteils ‚nebenher‘ organisieren. Entsprechend stehen nur wenig (zeitliche) Ressourcen zur Verfügung, die Arbeit findet vielfach in prekären Kontexten statt und wird von jenen geleistet, die bereits in verschiedenen (zivilgesellschaftlichen) Kontexten sehr eingespannt sind. Unsere Erfahrung zeigt zudem, dass gerade jene Menschen, die schon aufgrund der oben beschriebenen gesellschaftlichen Kontexte von (politischer) Partizipation ausgeschlossen werden, auch nur schwer in die Arbeit des Dialogforums eingebunden werden können. Entsprechend können sie auch im Rahmen des Dialogforums ihre Perspektiven,

Anliegen und Forderungen kaum einbringen. Wie können also Formen des Arbeitens gefunden und finanziert werden, die weniger prekär sind? Wie können zudem jene Menschen in die Organisation stärker eingebunden werden, die zu den am wenigsten privilegierten Menschen unserer Gesellschaft gehören? Zweitens entsteht vielfach der Eindruck, dass die Teilnehmenden der Veranstaltungen bereits zu jenen gehören, die mit den (kritischen) Inhalten des Dialogforums Zusammenleben d'accord gehen. Auch wenn wir die von uns geschaffenen Räume durchaus als Orte der Stärkung bestehender Allianzen und z.T. als Orte der Selbstvergewisserung schätzen, sehen wir durchaus die Notwendigkeit, auch jene Menschen einzubinden und anzusprechen, die (politische) Positionen vertreten, die von unseren weit(er) entfernt sind. Wie können also Räume geschaffen werden, die eine größere Bandbreite der Gesellschaft einbeziehen? Welche Themen, welche Rahmungen, welche Formate sind notwendig, um Inklusion auf verschiedenen Ebenen zu erreichen?

Fazit

In der nun bereits jahrelangen Auseinandersetzung im Kontext des Dialogforums Zusammenleben stellen sich vor allem Fragen zur Möglichkeit von Teilhabe und Partizipation. Wir benötigen viele Foren, wie das Dialogform, um gemeinsam zu diskutieren, welche Vorstellungen wir von Gesellschaft und Zusammenleben haben, welche Wege wir in Richtung Mitgestaltung als einen wesentlichen Pfeiler veränderter Verhältnisse gehen müssen und wie wir innerhalb der Gesellschaft kritisches Denken unterstützen können und gemeinsam ins Handeln kommen. Wir brauchen diese Diskursräume vor allem, um die notwendige Transformation der gesellschaftlichen Bedingungen im Kontext der Politik einzufordern.

Literatur:

Adloff, Frank/Costa, Sérgio (2020): Das zweite konvivialistische Manifest. Für eine post-neoliberale Welt, Bielefeld: Transcript Verlag.

Auernheimer, Georg (2021): Wie gesellschaftliche Güter zu privatem Eigentum werden. Über Privatisierung und andere Formen der Enteignung Köln: Papy Rossa.

Butterwegge, Carolin/Butterwegge, Christoph (2021): Kinder der Ungleichheit. Wie Gesellschaft sich der Zukunft beraubt, Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Linden, Markus(2012): Eine bessere Demokratie durch neue Formen der Partizipation: <https://www.bpb.de/147764/eine-bessere-demokratie-durch-neue-formen-politischer-Partizipation/>, abgerufen am 2.9.2024.

Müller-Funk, Wolfgang (2024): Über das, was uns zusammenhält. In: Der Standard, 13.1.2024.

Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Streeruwitz, Marlene (2022): Handbuch gegen den Krieg, Frankfurt am Main: Fischer.

Zandonella, Martina (2022): Das Vertrauen in die Demokratie ist erschüttert: In: <https://www.arbeit-wirtschaft.at/interview-martina-zandonella-sora-institut-demokratie/>, abgerufen am 2.9.2024.